

Der aktuelle Streit über die mittelfristige Finanzplanung der EU hat auch die letzten Illusionen über die Sinnhaftigkeit und Tragfähigkeit des Finanzsystems der EU zerstört. Bei diesem Streit geht es auch um den so genannten Britenrabatt und die Beiträge der „Nettozahler“. Margaret Thatcher war es 1984 gelungen, eine deutliche Reduktion der Beiträge Großbritanniens an die EU auszuhandeln. Damals floss noch ein Großteil der gemeinsamen EU-Ausgaben in den Agrarsektor und Großbritannien empfing hier weniger Mittel als andere Staaten. Zudem war das Land eines der ärmeren in der damaligen Gemeinschaft. Heute hingegen fließt ein deutlich geringerer Teil der EU-Ausgaben in den Agrarsektor, so dass allgemein Länder mit einem großen Agrarsektor weniger als früher profitieren. Überdies gehört Großbritannien heute zu den wohlhabendsten Mitgliedstaaten. Was also läge näher, als den Britenrabatt zu streichen?

Diese simple Logik ist aber nicht die des Finanzsystems der EU. Tatsächlich ist es dem System inhärent, dass alle, egal ob arm oder reich, nach Möglichkeit mindestens so viel aus ihm herausbekommen wollen, wie sie hineinzahlen. Ganz offensichtlich hat jedes Land das Gefühl, dass das Finanzsystem der EU in seiner jetzigen Situation unausgewogen sei, was vor allem den Widerstand der Nettozahler gegen eine weitere Ausweitung des Budgets erklärt. Trotz der allgemeinen Unzufriedenheit ist aber eine Einigung auf eine Änderung kaum zu erwarten, da jeder Nettoempfänger nicht auf seine lieb gewonnenen Ansprüche verzichten mag. Und natürlich haben die Briten ihren Widerstand gegen jede Reduktion „ihres“ Rabatts angekündigt. Da aber die Zahlungen der EU auch zur Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der EU beitragen sollen, ist es nicht überraschend, dass die neuen



Carsten Hefeker

Das fiskalische Dilemma der EU

Mitgliedstaaten der EU fordern, entsprechend an der bisherigen Umverteilung der EU beteiligt zu werden.

Die Quelle der Streitigkeiten liegt wohl darin, dass inzwischen niemand mehr so recht weiß, welche Ziele mit dem EU-Budget eigentlich verfolgt werden sollen. Statt vorwiegend gemeinsame Aufgaben wie die Außen- und Sicherheitspolitik oder die Umweltpolitik zu finanzieren, dient der größte Teil der Mittel der Umverteilung zwischen den Staaten, indem man beispielsweise Brücken in armen Mitgliedsländern baut oder Kühe in reichen Mitgliedstaaten subventioniert. Dafür gibt es nicht nur aus ökonomischer Sicht wenig Gründe, sollten doch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips nur Dinge gemeinsam finanziert werden, die aufgrund von externen Effekten auch alle gemeinsam betreffen, wie es in der Verteidigungs- oder Umweltpolitik, im Grenzschutz oder unter Umständen in der Bildungspolitik der Fall ist. Trotz dieses Gebotes ist das EU-Budget über die verschiedenen Politikbereiche vor allem auf Umverteilung ausgerichtet. Diese Form der „Solidarität“ basiert im Wesentlichen auf einer politischen Entscheidung, die man,

wenn sie denn bewusst und offen getroffen wird, gutheißen mag.

Leider scheint es aber so, dass die Mitgliedstaaten von der Idee der Angleichung der Lebensverhältnisse in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten nicht mehr überzeugt sind. Soll dies Ziel weiterhin verfolgt werden, sollten auf der Grundlage einer Entscheidung, wie viel Umverteilung man will oder braucht, Direktzahlungen vorgenommen werden. Andere EU-Mittel sollten nur in die gemeinsamen Aufgaben wie beispielsweise die Verteidigungs- und Umweltpolitik fließen. Stattdessen ergeht man sich in Streitigkeiten über verschiedene Teilbudgets, bei denen kaum noch festgestellt werden kann, wer wie viel einzahlt und empfängt. Und statt eine klare Entscheidung zu treffen, wie groß die Umverteilung sein soll und wer sich daran zu beteiligen hat, versucht jeder Staat das Beste für sich herauszuholen, was mit Solidarität nichts mehr zu tun hat. Die Zahler versuchen die Umverteilung zu bremsen, indem sie den Haushalt insgesamt begrenzen wollen, die Empfänger und die Kommission fordern eine Aufstockung der Mittel. Dieses inkonsistente und unehrliche Verhalten riskiert, dass die Mittel für gemeinsame Aufgaben auf der Strecke bleiben und die EU somit weder handlungs- noch zukunftsfähig wird.

Was eigentlich nötig wäre ist eine Bestandsaufnahme, welche Aufgaben die EU eigentlich erfüllen sollte und wie man sie finanzieren will. Erst dann wäre zu sehen, ob noch Mittel für die Umverteilung, die sicher in einem begrenzten Umfang nötig und richtig ist, zur Verfügung stehen und wie diese aussehen soll. Der jetzt verfolgte Ansatz hingegen ist zum Scheitern verurteilt und wird die EU nur daran hindern, sich ihren wirklichen, wie auch immer abgegrenzten Aufgaben zu stellen.